

Dokumentation

Wahlkreistag

Saalfeld-Rudolstadt – Saale- Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis

Gemeinsam statt gespalten – Wie
gelingt gutes Miteinander? · 27. Juni 2026



©Maxi Migdal

Das Format Wahlkreistag

Ein Wahlkreistag ist ein eintägiges Dialogformat, bei dem rund 25 ausgeloste Menschen aus einem Bundestagswahlkreis mit ihren Abgeordneten über bundespolitische Themen ins Gespräch kommen. Im Mittelpunkt steht der Austausch, das gegenseitige Zuhören und das gemeinsame Nachdenken über Politik.

Das Format ist Teil des Projekts „Halo Bundestag – Wahlkreistage gemeinsam verankern“ von Demokratie Innovation e. V. In Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen baut es auf bestehenden Strukturen vor Ort auf und stärkt den Dialog nachhaltig.

Was leistet diese Dokumentation?

Diese Dokumentation gibt einen Einblick in den Wahlkreistag, ohne den gesamten Tag Schritt für Schritt nachzuerzählen. Sie konzentriert sich auf zwei Dinge: 1. Auf die thematischen Schwerpunkte, die den Teilnehmenden wichtig waren, und 2. auf die Rückmeldungen zum Format Wahlkreistag selbst.

Der Wahlkreistag auf einen Blick

Datum	Samstag, 27. Juni 2026, 10:00–17:00 Uhr
Wahlkreis	Saalfeld-Rudolstadt Saale-Holzland-Kreis Saale-Orla-Kreis liegt im Südosten Thüringens und umfasst drei landschaftlich und kulturell vielfältige Landkreise. Mit den historischen Städten Saalfeld und Rudolstadt, den walddreichen Regionen des Thüringer Schiefergebirges sowie den idyllischen Flusslandschaften entlang von Saale und Orla vereint dieser Wahlkreis eine besondere Mischung aus Natur, Geschichte und ländlichem Leben. Die Region ist geprägt von einer starken industriellen Tradition, lebendigen Kleinstädten und zahlreichen Orten, die zum Wandern und Entdecken einladen.
Thema	Gemeinsam statt gespalten – wie gelingt gutes Miteinander?
Teilnehmende	25 Personen (davon 17 Jugendliche)
Altersspanne	12 bis 86 Jahre
Angeschriebene	279 (25 Zusagen, 1 kurzfristige Absage, 1 Begleitperson)*
Lokale Partnerorganisation	Zukunftsladen Saalfeld (inkl. Gemeinschaftsinitiative Zukunftswege Ost) Innovationsprojekt Pro-Aktiv Saale-Region
Teilnehmende Abgeordnete	Diana Herbstreuth (CDU) Zugesagt an dem Tag jedoch spontan verhindert: Elisabeth Kaiser (SPD) Mandy Eißing (Linke)

* Aufgrund der Zusammenarbeit mit dem „Zukunftsladen Saalfeld“, der mit seiner Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung einen Schwerpunkt auf dieser Zielgruppe hat, wurden die Teilnehmenden zur Hälfte aus dem Pool der 12 bis 17-Jährigen gelost. Der Rücklauf dieser Gruppe war besonders hoch, bei den Erwachsenen eher niedrig.

Ablauf & Thematische Schwerpunkte

Der Wahlkreistag beschäftigte sich mit der Frage „Gemeinsam statt gespalten – wie gelingt gutes Miteinander?“. Dabei ging es vor allem darum, welche Aspekte vom großen Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt die Menschen im Wahlkreis besonders bewegt und welche Erfahrungen, Gedanken und konkreten Ideen sie dazu haben. Um ein gemeinsames Grundverständnis über zentrale Begriffe und Zusammenhänge zu schaffen, bekamen die Teilnehmenden eine inhaltliche Begleitmappe für den Tag. Entlang dieser Mappe fand ein interaktiver inhaltlicher Einstieg ins Thema statt.



Daran anschließend näherten sich die Teilnehmenden in vier Kleingruppen dem Thema aus ihrer Perspektive an. Als Einstieg diente dabei eine Übung im „Aktiven Zuhören“. Dabei beantwortet eine Person vorgegebene Fragen, während die andere zuhört und sich Notizen macht.



In den Kleingruppen wurden die Erkenntnisse aus dem „Aktiven Zuhören“ diskutiert und auf Schwerpunkte verdichtet, die anschließend im Plenum zusammengetragen wurden. Dabei zeichneten sich insbesondere drei Schwerpunkte zum Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt ab, zu denen die Teilnehmenden am Nachmittag weiterdiskutieren wollten:

1. Respekt, Zivilcourage und Solidarität

Der erste Schwerpunkt, der in einer Kleingruppe weiter diskutiert wurde, war das Themenfeld Respekt, Zivilcourage und Solidarität.

- **Ausgangspunkt** waren Erfahrungen aus Schule und Alltag. Ein Teilnehmer schilderte, dass Mitschüler:innen sich gegenseitig beleidigten und ärgern, während er selbst versuche, das nicht mitzumachen.

- Eine Betroffene berichtete von alltäglicher Diskriminierung.
- Insgesamt teilte die Gruppe die Einschätzung, dass Solidarität nachlasse und Menschen stärker Ich-bezogen handelten.

Als Gegenentwurf formulierten die Beteiligten den **Wunsch** nach Begegnungen auf Augenhöhe:

- Menschen sollen nicht abgewertet, sondern zunächst kennengelernt werden.
- Respekt wurde dabei nicht nur als Umgangsform verstanden, sondern auch als Prinzip, das bei unterschiedlichen Meinungen gelten müsse.
- Gleichzeitig sei die Umsetzung von Zivilcourage auch herausfordernd: Eine Person betonte, im Fall von Übergriffen klar Grenzen zu setzen zu wollen, aber meist eher zurückhaltend zu sein.
- Konkret im Alltag solle darauf geachtet werden, z.B. ältere Menschen beim Ein- und Aussteigen zu unterstützen oder im Nahverkehr Platz zu machen
- Hilfsbereitschaft würde nicht nur konkret helfen, sondern auch als Vorbild für andere wirken.

Aus diesen Überlegungen entwickelte die Gruppe das „**Respekt-1x1**“:

- keine Vorurteile
- die andere Person erstmal kennenlernen
- respektvoll sprechen
- solidarisch handeln
- selbst Vorbild sein.

Für die Diskussion mit der Abgeordneten verband die Gruppe persönliche Verantwortung mit **Erwartungen an die Politik**:

Frau Herbstreuth griff vor allem die Vorbildrolle auf.

- Sie betonte, respektvolles Verhalten müsse vorgelebt werden, und würdigte den Vorschlag ausdrücklich: „Das Respekt-1x1 ist die Grundbasis von allem.“
- Dabei betonte sie vor allem die Wichtigkeit, Respekt nicht nur zu erwarten, sondern auch aktiv anderen gegenüber zu leben. Dabei Vorbild zu sein, gerade als Politikerin, sei das A und O.
- Sie hob außerdem hervor, dass respektvoller Umgang auch auf Bundesebene erkennbar werden müsse – dieser herrsche grundsätzlich auch fraktionsübergreifend, würde aber öffentlich kaum sichtbar.
- Zum Thema Schule verwies sie darauf, dass Bildungsarbeit stärker auf Landesebene liege, stimmte aber zu, dass Angebote für respektvollen Umgang mit allen nicht auf Schule begrenzt sein dürften.



©Maxi Migdal

2. Umgang mit politischen Konflikten und die Qualifikation von Abgeordneten

Der zweite Schwerpunkt lag auf dem Themenkomplex Umgang mit politischen Konflikten. Die Kleingruppe verband das mit dem Wunsch nach verständlicher politischer Information und mit der Frage, welche Eignung und Qualifikation Abgeordnete für den Job aufweisen müssten.

1. Unterthema: Umgang mit der AfD

Als erstes Thema wurde der Umgang mit der AfD diskutiert. Die Diskussion verlief kontrovers.

Pro Brandmauer / Verbot der AfD:

- Eine Person sprach sich dafür aus, dass eine Zusammenarbeit nicht vertretbar sei, wenn Positionen als unmenschlich bewertet werden.

Contra Brandmauer / Verbot der AfD:

- Ein Teilnehmer kritisierte die „Brandmauer“, weil sie seiner Meinung nach dazu beitragen könne, dass Beweggründe von Wähler:innen und politische Positionen nicht ausreichend verstanden würden.
- Mehrere Teilnehmende machten außerdem deutlich, dass ein Verbot nicht als „nachhaltigster Weg“ gesehen wird, stattdessen wurde Aufklärung als entscheidender Hebel beschrieben, damit Menschen die Inhalte selbst beurteilen können.

Weitere Punkte:

- Die Politik und man selbst müsse sich mit einzelnen Themen auseinandersetzen,
- junge Menschen sollten vor allem anhand von Wahlprogrammen informiert werden,
- problematische Positionen dürfe man dabei nicht verharmlosen.

An die Diskussion anschließend kristallisierten sich **folgende Wünsche** heraus: sich der gemeinsame Wunsch nach heraus. Es wurden folgende Wünsche formuliert:

- verständliche politischer Bildung über Parteien hinweg
- Parteipositionen nachvollziehbar zu erklären – gerade in der Schule und auch für Erwachsene in öffentlichen Angeboten.
- Falschinformationen, welche die AfD durch ihre sehr starke Präsenz in den Sozialen Medien (z.B. TikTok), streuen, müssten öfter als solche enttarnt werden.
- Insgesamt sollten andere Parteien und Politiker:innen ihre Präsenz in den Sozialen Medien erhöhen
- Für Gespräche im persönlichen Umfeld wurde vorgeschlagen, kritisch nachzufragen, ohne der anderen Person pauschal die Meinung abzusprechen: aktives Ansprechen und Zuhören seien dabei wichtig.

Frau Herbstreuth ordnete das Thema als polarisierend ein:

- Meinungsfreiheit als ein zentrales Gut des Staates: Meinungen werden individuell geprägt, und jede:r ist aufgefordert, sich eine eigene Meinung zu bilden
- Soziale Medien: Durch eine bloße Präsenz im digitalen Raum sei ein Gegengewicht nicht leistbar – leider sei die Realität so, dass Algorithmen den Erfolg und die Reichweite diktieren. Sie stimme aber zu, dass andere Parteien hier aktiver werden sollten.

Zur **Ergänzung der Diskussion** um die Zusammenarbeit mit der AfD wurden die übrigen Teilnehmenden, die nicht in der Kleingruppe dabei waren, durch eine **Positionierung im Raum** in die Diskussion eingebunden. Aufgestellt werden konnte sich entlang dieser Pole:

- Mehr Zusammenarbeit (Abgeordnete der AfD als demokratisch gewählt akzeptieren, Brandmauer unzweckmäßig)
- Durch mehr Bildung entkräften (harte Maßnahmen wie ein Parteiverbot erwirken das Gegenteil von dem, was sie erhoffen)
- Brandmauer unter allen Umständen aufrechterhalten (bessere und strategischere Zusammenarbeit demokratischer Parteien)
- AfD-Verbot (zu extreme menschenfeindliche Ansichten und ihr Hang zur Gewalt machen Verbot notwendig)

Die Verteilung war insgesamt relativ ausgeglichen, mit einer stärkeren Präsenz von Jugendlichen im Pol „AfD-Verbot“.

Ausschnitthafte **Gedanken von Frau Herbstreuth** zu den Aufstellungen

- Die Brandmauer sei unzweckmäßig und habe eher zu noch mehr Polarisierung geführt, als zielführender erachte sie, „rote Linien“ zu ziehen.

- Unterschiedliche Strömungen innerhalb der Parteien haben auch unterschiedliche Prioritäten. Für die Bundesebene nannte sie klare und unverrückbare Einstellungen ihrer Partei, der CDU: Die EU, die Nato und die Verteidigung gegen Russland.
- Eine versprengte CDU sei eine Gefahr, weil sich dann die AfD als die eigentliche Partei der Mitte positionieren könne.

Reaktionen aus dem Plenum waren:

- Wem nütze das Verbot kommunikativ?
- 1.400 Seiten Wahlprogramm würden kaum gelesen, ein normaler Bürger müsse verstehen, was Parteien wollen
- Aufklärung müsse immer stattfinden, nicht nur vor den Wahlen
- Faktencheck werde immer schwieriger, Desinformationen mehr

2. Unterthema: Qualifikation von Abgeordneten

Ein weiteres Thema, was die Teilnehmenden beschäftigte war die Qualifikation von Abgeordneten.

- Einige Teilnehmende wünschten sich fachliche Kenntnisse und praktische Erfahrung in den Bereichen, für die politische Verantwortung übernommen wird.
- Andere erinnerten daran, Demokratie dürfe nicht auf reine „Fachauswahl“ reduziert werden; Abgeordnete könnten sich beraten lassen und hätten qualifizierte Unterstützung.
- Als Ergänzung wurde die Idee regelmäßiger Tests des Wissensstands genannt – zugleich wurde eingestanden, dass die praktische Umsetzung dieser Idee schwierig sei. Die Frage blieb daher nicht abschließend geklärt.

Reaktionen von Frau Herbstreuth waren:

- Zur Qualifikationsidee führte Frau Herbstreuth an, dass der Anspruch, Abgeordnete müssten in allen Bereichen alles wissen, schlicht nicht zu erfüllen sei. Sie schildere den Alltag der Bundestagsabgeordneten und machte so deutlich, dass die Abgeordneten den Fokus insbesondere auf ihre fachpolitischen Themen richteten.
- Außerdem würden Abgeordnete durch ihre wissenschaftliche Mitarbeiter:innen unterstützt.
- Kritisch setzte sie sich außerdem mit dem Vorschlag von Tests auseinander: Vertrauen und Legitimation entstehe durch die Wahl und könne nicht ohne Weiteres nachträglich entzogen werden. Sie verwies darauf, dass man hier schnell vor der Frage stehen würde, wie und durch wen entschieden würde, was als Eignung gelte, und wer diese Prüfung dann abnehmen würde. Es würde schwer sein, hierauf eine Antwort zu finden, die nicht dem demokratischen Grundprinzip widerspreche.

Somit blieben unter anderem die **Fragen offen**:

- Wie lässt sich der Umgang mit falschen Informationen in sozialen Medien wirksam verbessern?
- Was ist ein strategisch sinnvoller Umgang mit der AfD?



3. Mehr Vielfalt in den Formen politischer Teilhabe, Qualifikation von Abgeordneten und direkte Demokratie

Im dritten Themenblock verband die Gruppe den Wunsch nach mehr Austausch- und Dialogräumen mit der Frage, welche Formen politischer Teilhabe sinnvoll sind. Die Diskussion zeigte dabei, dass besonders direkte Demokratie umstritten blieb.

1. Unterthema: Mehr Vielfalt in den Formen politischer Teilhabe

Kontrovers diskutiert wurde unter anderem das Thema Direkte Demokratie.

Pro direkte Demokratie:

- Ein Teilnehmer befürwortete Volksabstimmungen zu großen Fragen und sagte, Mehrheitsentscheide seien für ihn grundsätzlich akzeptabel.

Contra direkte Demokratie:

- Dem stand die Sorge gegenüber, dass irreführende Informationen oder einseitige Inhalte die Meinungsbildung verzerren könnten.

- Eine andere Person setzte deshalb stärker auf gewählte Vertreter:innen, die sich mit fachkundiger Unterstützung in Themen einarbeiten und Entscheidungen mit Blick auf langfristige Folgen treffen sollen.

Reaktionen von Frau Herbstreuth waren:

- Mit Blick auf direkte Demokratie: Zwischen Bund, Ländern und Kommunen müsse unterschieden werden: Auf kommunaler und Landesebene gäbe es durchaus direktdemokratische Mittel.
- Auf Bundesebene wäre sie aktuell nicht dafür.
- In Thüringen gab es modellweise einen Bürgerrat.

Auch hier wurde im Raum eine Aufstellung zur Frage durchgeführt, ob es mehr direkte Entscheidungsmöglichkeiten auf Bundesebene brauche – ähnlich wie in der Schweiz – oder die repräsentative Demokratie so wie sie ist, gut sei.

Das Ergebnis war relativ ausgeglichen. Dabei wurden Positionen sichtbar wie:

- Mehr Abstimmungen/Einholen von Stimmungen („Stimmungsbilder“) und Einbeziehung dessen in die politischen Entscheidungen
- Demokratien müssten Mehrheitsentscheidungen aushalten, auch wenn das nicht immer der persönlichen Meinung entspricht

2. Unterthema: Mehr Austauschräume und Begegnung zwischen Politik und Menschen

- Von einer Teilnehmerin wurde ein Problem beschrieben, das über einzelne Verfahren hinausging: Dringende Anliegen von Bürger:innen würden nicht ausreichend wahrgenommen, es ginge vorrangig um Themen, die aus Sicht der Teilnehmerin weniger wichtig seien als andere.
- Zur Lösung dieses Problems fokussierte sich die Gruppe auf einen gemeinsamen Nenner: Mehr politische Teilhabe, also mehr Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Austauschräume.
- Auch in dieser Gruppe wurde eine verständlichere Kommunikation und Information gefordert: Politische Begriffe und Inhalte müssten so erklärt werden, dass Menschen sich eine eigene Meinung bilden und sich beteiligen könnten. Gleichzeitig wurde betont, Beteiligung bedeute auch eine Pflicht zum „Sich-informieren“.
- Für mehr Begegnungen mit Abgeordneten wurde insbesondere für ländliche Räume eine stärkere Präsenz vor Ort vorgeschlagen, damit Bürger:innen Fragen stellen und ihre Anliegen einbringen können, etwa Gespräche in Dörfern, auf Marktplätzen oder in Gemeindehäusern – und zwar nicht nur vor Wahlen.

Reaktionen von Frau Herbstreuth:

- Frau Herbstreuth betonte in ihrer Reaktion, dass es viele Gesprächsangebote und Veranstaltungen gäbe, sie auch oft auf Marktplätzen stünde: Die CDU habe beispielsweise in größeren Städten einmal im Quartal einen Stand. Aber diese Möglichkeiten für Austausch würden kaum genutzt.

- Grundsätzlich sei es eine schwierige Aufgabe, den Bürgerwillen und das, was in einer Regierung akut entschieden werden muss, zusammenzubringen oder zu vermitteln. Dafür, so stimmte sie zu, gäbe es bislang keine ausreichenden Informationskanäle.

3. Unterthema: Qualifikation von Abgeordneten

Auch diese Gruppe beschäftigte die fachliche Qualifikation von Abgeordneten.

- Eine Person sprach sich dafür aus, dass Abgeordnete je nach Bereich über bestimmtes Wissen oder praktische Fähigkeiten verfügen sollten bzw. diese erwerben müssen, um sachgerecht entscheiden zu können.
- Dagegen stand die Überlegung: Die Prüfung politischer Eignung liege vor allem bei den Wähler:innen; zudem würden unterschiedliche berufliche Erfahrungen in den Parlamenten insgesamt die Vielfalt der Gesellschaft besser abbilden.

Dieses Unterthema wurde im Plenum nicht nochmals diskutiert.

Insgesamt blieb damit festzuhalten: Es gab ein klares gemeinsames Ziel – mehr Beteiligung und bessere Zugänglichkeit politischer Inhalte – aber unterschiedliche Antworten darauf, welche Verfahren unter welchen Bedingungen als sinnvoll gelten.

Rückmeldung zum Wahlkreistag & Ausblick

Wie das Format wahrgenommen wurde

Das Format Wahlkreistag wurde überwiegend positiv aufgenommen. Als große Stärke wurde der Austausch an sich hervorgehoben. So wurde mehrfach genannt, dass es als Bereicherung empfunden wurde mit Menschen anderer Meinungen und Altersgruppen zu sprechen und zu hören, was andere denken. Viele Teilnehmende empfanden den Tag als Gelegenheit, eigene Positionen zu reflektieren und andere Meinungen besser nachzuvollziehen. Frau Herbstreuth blieb noch eine Weile und sprach mit den Teilnehmenden. Die Partnerorganisation bot konkrete nächste Termine an und gewann eine Jugendliche direkt vor Ort zum Jugendparlament hinzu.

Eine Person, die sagte, sie sei mit einer „Ich habe keine Lust-Laune“ gekommen, sagte sie sei vom Tag positiv überrascht. Eine weitere Person, die am Anfang kritisch auf den Tag blickte, fand am Ende das Resümee, dass der Tag wirklich spannend war. „Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen und das ist heute gelungen“.



Methodisch wurden insbesondere die Gruppenarbeiten mehrfach als besonders wertvoll hervorgehoben, beispielsweise die Arbeit am Plakat. Weiterhin wurden die Aufstellungen genannt. Diese hätten sichtbar gemacht, wie breit das Meinungs-Spektrum bei der Gruppe aufgestellt war.

Auch die zufällig zusammengesetzte Gruppe galt als Stärke des Formats. Positiv hervorgehoben wurde zum einen, dass sehr viele junge Menschen dabei waren, die die Fähigkeit mitbrachten, ihre Standpunkte klar zu formulieren und somit ihre Positionen sichtbar wurden. Zum anderen gab es auch Stimmen, die sich eine größere Anzahl an Erwachsenen und somit eine ausgewogenere Verteilung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen gewünscht hätten.

Die Abgeordnete Diana Herbstreuth (CDU) drückte Ihren Dank und Anerkennung gegenüber den Jugendlichen für ihre aktive Teilnahme aus und ermutigte sie weiterhin neugierig durchs Leben zu gehen. Ihr Eindruck, dass junge Menschen vorwiegend engagiert sind und eine Meinung haben, wurde durch den Austausch bestätigt. Weiterhin sagte sie, dass dieses Plenum nicht selbstverständlich sei und unter den Teilnehmenden sehr interessierte Bürger jeden Alters die besorgt sind und die sie ermutigt weiterhin dranzubleiben.

Sie wies darauf hin, dass der Wunsch nach Teilhabe, auch heißt Verantwortung mitzutragen und sich zu beteiligen. Sie wünscht sich mehr Austausch und stehe dafür beispielsweise in ihren Sprechstunden zur Verfügung.



©Maxi Migdal

Anregungen für weitere Wahlkreistage

Zweifach nannten die Teilnehmenden den Verbesserungsvorschlag, die Gesprächsgruppen bei der Übung des Aktiven Zuhörens größer zu machen und mindestens vier Menschen zusammen zu bringen. Eine weitere Anregung bestand darin, die Fragen des Aktiven Zuhörens offener zu gestalten, damit der Einstieg ins Gespräch leichter fällt.



Impressum

Herausgeber: Demokratie Innovation e.V., Knaackstraße 12, 10405 Berlin ·
Vereinsregister VR 36580

Kontakt: hallobundestag@esgehtlos.org

Fotos: ©Maxi Migdal

Gefördert von der Robert Bosch Stiftung und der Postcode Lotterie. Halo Bundestag ist
ein Projekt von Demokratie Innovation e.V.